

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 04.06.2018 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz

Anwesenheit:

Anwesend:

Landrat
Füßmann, Thomas

Beigeordnete(r)
Hauck, Jürgen

Fraktion der CDU
Detko, Lothar
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Hanna, Allam Dr. med.
Martin, Leila
Modde, Michael
Peißker, Gabriele
Poßner, Wolfgang
Sachse, Carsten
Schübel, Jan
Smailes, Sandra
Steffen, Berthold
Timmler, Christine
Weidermann, Thomas Dr.
Wetzel, Siegfried
Zapf, Marcel

Fraktion der SPD
Feike, Anette
Fröhlich, Lars
Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico
Oppel, Peter
Seidel, Marco

Fraktion Die LINKE
Fleischmann, Hannelore
Hofmann, Thomas
Kalich, Ralf
Knüpfer, Dieter

Lukas, Almut
Schlupeck, Gunter
Weithase, Helga

Fraktion der UBV

Kleindienst, Wolfgang
Militzer, Bernd
Querengässer, Gerd
Scheffczyk, Andreas
Weigelt, Thomas

FDP

Borchardt, Alf-Heinz (ab 17:00 Uhr)
Ortwig, Volker

SIP

Truschzinski, Constanze

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Beyer, Kerstin
Bossert, Torsten Dr.
Butz, Regina
Danzer-Nitsch, Inge
Freund, Andreas
Frotscher, Dagmar
Hetzinger, Christiane
Heynisch, Jens
Käßner, Mandy
Keller, Nils
Kleine, Michael
Koberstädt, Sylvia
Mäder, Klaus
Nitsch, Michael
Siegmond, Michael
Unger, Philipp
Weiß, Sandra

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Gruhner, Stefan (dienstl. Gründe)
Schugens, Gottfried (Urlaub)
Völlm, Arnfried Dr. (dienstl. Gründe)

Fraktion der SPD

Klimpke, Juergen K. (dienstl. Gründe)
Wohl, Rüdiger (pers. Gründe)

Fraktion Die LINKE

Möller, Klaus (Urlaub)
Rebelein, Dieter Dr. (Urlaub)

Fraktion der UBV

Heidrich, Lutz (pers. Gründe)

Schriftführerin:

Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 19.02.2018 (öffentlicher Teil)
2. Dritte Änderung der Vergaberichtlinie des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/100/2018
3. Umstufungen von Kreisstraßen
Vorlage: KT/099/2018
4. Beschluss zur Leitstellenproblematik
Vorlage: KT/103/2018
5. Erweiterung der bereits gefassten Beschlüsse 146-14/2016 vom 26.09.2016 und 183-19/2017 vom 21.08.2017 zur Unterstützung der Städte und Gemeinden beim Breitbandausbau um die Gemeinden Blankenstein, Moßbach, Oettersdorf, Oppurg und Ranis
Vorlage: KT/102/2018
6. Außerplanmäßige Ausgabe im Zusammenhang mit den Sturmschäden am Dach der Grundschule Pöbneck Ost
Vorlage: KT/104/2018
7. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: IV/019/2018
8. Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenvwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck
- 8.1. Wahl der Stellvertreter für die Vertrauenspersonen für den Schöffenvwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck
9. Anträge
- 9.1. Antrag Deponie "Wiewärthe" in Pöbneck
Vorlage: AN/040/2017
- 9.2. Deponie "Wiewärthe" in Pöbneck
Vorlage: AN/043/2017
- 9.3. Grundsatzbeschluss für einen Erweiterungsbau an der Regelschule "Johann Wolfgang von Goethe" in Schleiz
Vorlage: AN/048/2018
- 9.4. Antrag Brücke Linkenmühle
Vorlage: AN/049/2018
- 9.5. Antrag auf Aussprache bzw. Beratung zur Prüfung der Baumaßnahme "Brandschutztechnische und Energetische Sanierung" Staatliche Gemeinschaftsschule Triptis - Primarstufe
Vorlage: AN/050/2018
10. Informationen/Sonstiges
11. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Herr Scheffczyk stellt den Antrag, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 zu tauschen.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen bei 22 Gegenstimmen abgelehnt.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt es nicht.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form mehrheitlich bestätigt.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 19.02.2018 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 19.02.2018 (öffentlicher Teil).“

211-23/2018

**Zu TOP 2 Dritte Änderung der Vergaberichtlinie des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/100/2018**

Der Fachbereichsleiter, Herr Keller, erläutert den Sachverhalt und das Ergebnis der mehrfachen Vorberatung im Bau- und Vergabeausschuss.

Wortmeldungen zu diesem TOP gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die 3. Änderung der Vergaberichtlinie des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Niederschrift beigelegten Fassung. Der Landrat wird beauftragt, sie unverzüglich auszufertigen und als verbindliche Handlungsanweisung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes bekannt zu machen.“

212-23/2018

**Zu TOP 3 Umstufungen von Kreisstraßen
Vorlage: KT/099/2018**

Der Fachdienstleiter Kreisstraßen, Herr Freund, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage.

Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst, Herr Kalich und Herr Franke.

Herr Kleindienst spricht sich gegen die Umstufungen aus und kritisiert, dass der Kreistag keinen aktuellen Beschluss zur Kreisstraßennetzkonzeption gefasst hat. Er sieht in den Umstufungen Nachteile für die Kommunen und weitere Belastungen für die Grundstückseigentümer im Hinblick auf die Folgekosten.

Herr Kalich und Herr Franke sprechen für den Beschlussvorschlag, da die Umstufungen in vielen Kommunen Entlastungen bedeuten. Herr Franke betont, dass mit den Bürgermeistern bereits vor 3 Jahren Gespräche dazu geführt wurden.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
2 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt, entsprechend der Kreisstraßennetzkonzeption 2014, Stand Mai 2016, die Umstufungen von Kreisstraßen wie folgt umzusetzen:

1. **Die Kreisstraße K 121** beginnend im Ortsteil Lückenmühle der Gemeinde Remptendorf NK 5435 026 bis zum Ende der Kreisstraße im Ortsteil Weisbach NK5435 032 soll zur Gemeindestraße in der Baulast der Gemeinde Remptendorf abgestuft werden. Dafür soll die Teilstrecke der Landesstraße L 1100 beginnend im Ortsteil Thimmendorf bis Ortsausgang Thimmendorf Abzweig Weisbach zur Kreisstraße abgestuft sowie die Gemeindestraße vom Ortsausgang Thimmendorf Abzweig Weisbach bis zum Ortsteil Weisbach zur Kreisstraße aufgestuft werden.
2. **Die Kreisstraße K 562** beginnend von der Landesstraße L 2372 in der Gemeinde Blankenstein soll bis zum Ortseingang Harra zur Gemeindestraße abgestuft werden. Die Gemeindestraße Harra vom nördlichen Ortsausgang Harra bis zur Kreuzung Kreisstraße K 563 / Gemeindestraße Höhe Viadukt südlich von Bad Lobenstein soll zur Kreisstraße aufgestuft werden.
3. **Die Teilabschnitte der Kreisstraße Nr. 201** zwischen der Ortslage Ranis vom NK 5335 011 und der westlichen OD-Grenze des Ortsteils Wöhlsdorf der Gemeinde Seisla sowie zwischen der Kreisgrenze Saalfeld-Rudolstadt vom NK 5335 029 bis östlichen OD-Grenze des Ortsteils Oelsen der Gemeinde Krölpa sollen zur Gemeindestraße abgestuft werden. Die Gemeindestraße zwischen der K 201 in Seisla und der K 202 in Gräfendorf soll zur Kreisstraße aufgestuft werden.“

213-23/2018

**Zu TOP 4 Beschluss zur Leitstellenproblematik
Vorlage: KT/103/2018**

Vor Sitzungsbeginn wurde an die Kreistagsmitglieder eine Änderung des Beschlussvorschlages verteilt.

Einleitend führt der Landrat aus, dass seit 1 Jahr bekannt ist, dass es Probleme hinsichtlich der technischen und baulichen Gegebenheiten sowie der geforderten Sicherheitsbestimmungen in der Leitstelle in Saalfeld gibt. Wenn diese Dinge in Ordnung gebracht werden sollen, kommt ein erheblicher Finanzbedarf auf beide Landkreise zu. Alternativen in der Region gibt es in Jena oder Gera, die zu prüfen sind. Der Beschluss soll den Landrat ermächtigen, entsprechende Gespräche mit Jena und Gera zu führen.

Der Sachverhalt der Beschlussvorlage wird durch Herrn Mäder erläutert.

Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst, Herr Hofmann, Herr Sachse und Herr Scheffczyk.

Herr Kleindienst vertritt den Standpunkt, dass man die Leitstelle in Saalfeld belassen sollte. Herr Hofmann und Herr Scheffczyk betonen, dass es nicht um den Standort gehe, sondern die 100%ige Sicherheit gewährleistet sein muss und das System funktioniert. Herr Scheffczyk ist ebenso wie Herr Kleindienst der Meinung, dass der jetzige Standort mit in die Betrachtungen einbezogen werden soll. Herr Hofmann würde es für gut befinden, wenn das in der Vorlage erwähnte Gutachten im Ausschuss thematisiert werden würde.

Herr Sachse verweist auf die Forderungen des Verbandes der Ersatzkassen, der 4 Leitstellen für ganz Thüringen für ausreichend erachtet. Hinsichtlich der Finanzierbarkeit schließt er den Erhalt der bestehenden Leitstelle, unter Betrachtung des geschilderten Standes der Technik, aus.

Der Landrat sichert zu, dass alle 4 im Sachverhalt der Beschlussvorlage beschriebenen Varianten auf dem Prüfstand stehen und in die Betrachtungen einbezogen werden. Die Ergebnisse der Gespräche sollen dem Kreistag in der September-Kreistagssitzung offen gelegt werden. Der Kreistag entscheidet, welche Möglichkeit für den Saale-Orla-Kreis favorisiert wird. An erster Stelle bei der Entscheidung stehe selbstverständlich die Sicherheitsfrage, aber ganz außer Acht kann auch die finanzielle Frage nicht gelassen werden. Er betont gleichzeitig, dass der Saale-Orla-Kreis ein fairer Vertragspartner ist und seinen Vertrag mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt einhalten werde.

Der Kreistag fasst mit **29 Ja-Stimmen,
2 Gegenstimmen und
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beauftragt den Landrat, mit den Städten Jena und Gera Verhandlungen zur Übernahme der Aufgaben der Zentralen Rettungsleitstelle ergebnisoffen zu führen.“

214-23/2018

**Zu TOP 5 Erweiterung der bereits gefassten Beschlüsse 146-14/2016 vom 26.09.2016 und 183-19/2017 vom 21.08.2017 zur Unterstützung der Städte und Gemeinden beim Breitbandausbau um die Gemeinden Blankenstein, Moßbach, Oettersdorf, Oppurg und Ranis
Vorlage: KT/102/2018**

Der Fachbereichsleiter, Herr Keller, erläutert den Sachverhalt.
Zur Diskussion sprechen Herr Kleindienst und Herr Sachse.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises hat den Breitbandausbau auf dem Territorium des Saale-Orla-Kreises bereits als überörtlichen Standortfaktor und damit als Aufgabe des eigenen Wirkungskreises anerkannt. Nach Änderung der Förderrichtlinie haben jetzt auch die Stadt Ranis und die Gemeinden Blankenstein, Moßbach, Oettersdorf und Oppurg gemäß § 87 Abs. 3 ThürKO die Übernahme der Aufgabe „Breitbandversorgung auf dem Stadt-/Gemeindeterminum durch den Saale-Orla-Kreis“ beantragt.

Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises stimmt gemäß § 87 Abs. 3 (letzter Satz) ThürKO einer Übernahme dieser Aufgabe durch den Saale-Orla-Kreis zu.“

215-23/2018

Zu TOP 6 Außerplanmäßige Ausgabe im Zusammenhang mit den Sturmschäden am Dach der Grundschule Pöbneck Ost

Vorlage: KT/104/2018

Die Fachdienstleiterin ZLM, Frau Beyer, erläutert den Sachverhalt und beantwortet die Detailfragen von Frau Kanis und Frau Truschzinski bzgl. des Anteils der Versicherung an den Gesamtkosten für die Maßnahme.

Herr Dr. Hanna informiert über die einstimmige Empfehlung des Finanzausschusses zum Beschlussvorschlag.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 130.000 € für die Beseitigung der Sturmschäden an der Grundschule Pöbneck-Ost.“

216-23/2018

Zu TOP 7 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: IV/019/2018

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Koberstädt, gibt an Hand des allen Kreistagsmitgliedern vorliegenden Tätigkeitsberichtes einen kurzen Abriss ihrer Arbeit.

Zur Diskussion sprechen Herr Scheffczyk, Herr Schlupeck, Frau Truschzinski und Frau Peißker.

Detailfragen hinsichtlich der Auffassung der ausländischen Mitbürger zur Rolle der Frau und die Einflussnahmemöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten und zu statistischen Zahlenmaterial bzgl. der Gleichstellung werden durch Frau Koberstädt beantwortet.

Zu TOP 8 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck

und

Zu TOP 8.1 Wahl der Stellvertreter für die Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck

Durch den Kreistag sind 7 Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck zu wählen. Für jede gewählte Person können Stellvertreter gewählt werden.

Der Schöffenwahlausschuss tritt einmal beim Amtsgericht Pöbneck zusammen und wählt die Schöffen.

Die Fraktionen wurden mit Schreiben vom 07.02.2018 aufgefordert, entsprechende Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Es liegen 8 Vorschläge für die Wahl als Vertrauenspersonen und 4 Vorschläge für die Wahl als Stellvertreter vor.

Der Landrat fragt nach, ob es weitere Wahlvorschläge gibt.

Herr Scheffczyk schlägt Herrn Wolfgang Kleindienst als Beisitzer vor.

Herr Kleindienst wird auf dem Stimmzettel ergänzt.

Der Landrat führt weiter aus, dass gemäß § 40 Abs. 3 Gerichtsverfassungsgesetz (BGBl. I S. 1077) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. Mai 1975, zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 6 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) die Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenwahlausschuss und deren Stellvertreter durch den Kreistag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gewählt werden.

Jedes Kreistagsmitglied hat 7 Stimmen für die Wahl der Vertrauenspersonen (1 Stimmzettel) und 7 Stimmen für die Wahl der Stellvertreter (ein weiterer gesonderter Stimmzettel). Stehen nur 4 Personen zur Wahl, wie bei der Wahl der Stellvertreter, so können nur 4 Stimmen vergeben werden.

Der Landrat verliest die Namen aller unterbreiteten Wahlvorschläge.

Herr Dr. Hanna schlägt noch Herrn Carsten Sachse als Beisitzer vor.

Herr Sachse wird auf dem Stimmzettel ergänzt, so dass 10 Personen als Beisitzer und 4 Personen als Stellvertreter zur Wahl stehen.

Als Mitglieder für die Wahlkommission werden folgende Kreistagsmitglieder benannt: Herr Dr. Hanna (CDU), Frau Kanis (SPD), Frau Fleischmann (LINKE), Herr Scheffczyk (UBV).

Die Kreistagsmitglieder werden zur Wahlhandlung in den Beratungsraum im Bereich Landrat gebeten.

Die Sitzung wird für die Dauer der Wahlhandlungen von 15:35 Uhr bis 16:55 Uhr (mit regulärer Pause von 16:10 bis 16:40 Uhr) unterbrochen.

Nach Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission gibt der Landrat das Ergebnis der Wahl bekannt.

Bei der Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck haben nur 3 vorgeschlagene Personen die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Kreistages erhalten. Das sind Herr Borchardt, Frau Gersdorf und Herr Sachse.

Bei der Wahl der Stellvertreter der Vertrauenspersonen haben alle 4 vorgeschlagenen Personen – Frau Feike, Herr Klimpke, Herr Ortwig und Frau Weithase - die erforderliche Mehrheit erreicht.

Der Landrat unterbreitet den Vorschlag, einen weiteren Wahlgang zur Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenwahlausschuss durchzuführen, um die erforderliche Anzahl von 7 Beisitzern zu erreichen.

Diesem Vorschlag wird entsprochen. Es folgt die Anfertigung von Stimmzetteln mit den Namen der 7 verbliebenen vorgeschlagenen Personen, die Wahlhandlung und die Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission.

Es wird festgestellt, dass in diesem zweiten Wahlgang keine vorgeschlagene Person die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Kreistagsmitglieder erreicht hat.

Auf Vorschlag des Landrates folgt nach der Pause ein weiterer Wahlgang, der ebenfalls erfolglos ausgeht.

Der Landrat bittet den Leiter des Rechtsamtes, Herrn Nitsch, mit dem Amtsgericht zu klären, wie weiter zu verfahren ist.

Frau Martin entschuldigt sich um 16:45 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Über die Auszählung der Stimmen sind Wahl Niederschriften gefertigt, die als Anlagen 2 bis 5 dieser Niederschrift beigelegt sind.

Somit werden mit der erforderlichen Mehrheit nachfolgende Beschlüsse gefasst:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises wählt gemäß § 40 Abs. 3 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 6 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) folgende Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenhwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck:

Herrn Alf-Heinz Borchardt,
Frau Katrin Gersdorf,
Herrn Carsten Sachse.“

217-23/2018

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises wählt gemäß § 40 Abs. 3 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 6 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) folgende Stellvertreter für die Vertrauenspersonen als Beisitzer im Schöffenhwahlausschuss beim Amtsgericht Pöbneck:

Frau Anette Feike,
Herrn Juergen K. Klimpke,
Herrn Volker Ortwig,
Frau Helga Weithase.“

218-23/2018

Zu TOP 9 Anträge

Zu TOP 9.1 Antrag Deponie "Wiewärthe" in Pöbneck Vorlage: AN/040/2017

Die Anträge AN/040/2017 und AN/043/2017 werden im Komplex behandelt.

Um 17:00 Uhr trifft Herr Borchardt zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Durch Herrn Kleindienst werden einleitende Ausführungen zum Antrag der UBV-Fraktion vorgenommen.

Er informiert, dass in der ZASO-Sitzung am 28.05.2018 der Zwischenbericht der Feinstaubmessung in Pöbneck vorgestellt wurde mit dem Ergebnis, dass alle Messungen im gesetzlichen Rahmen lagen. Trotzdem sollte der Kreistag in dem zu fassenden Beschluss seinen Willen bekunden, dass eine Trennung der Kesselstäube erfolgt und die Verbandsräte beauftragen, entsprechenden Beschlüssen im ZASO zuzustimmen.
Herr Kleindienst wirbt für den Antrag der UBV-Fraktion.

Herr Kleebusch spricht für den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und SIP und betont, dass fraktionsübergreifend der politische Wille verfolgt wird, dass in Pöbneck keine Kesselstäube deponiert werden, trotz der Ergebnisse der Feinstaubmessung. Diese Haltung soll mit dem zu fassenden Beschluss den Vertretern des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt klar gemacht werden.

Ergebnis der Beratung im Wirtschaftsausschuss war die mehrheitliche Empfehlung, dass dem gemeinsamen Antrag zugestimmt und der UBV-Antrag abgelehnt wird.

Er bittet um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag AN/043/2018.

Herr Scheffczyk äußert rechtliche Bedenken bzgl. einer zweimaligen Abstimmung zur gleichen Sache in einer Sitzung und **beantragt eine kurze „Auszeit“**, damit die Verfahrensweise nochmals überdacht wird.

Zur Diskussion sprechen weiterhin Herr Hofmann, Herr Dr. Hanna, Herr Kleebusch, Herr Knüpfer, Herr Weigelt, Herr Sachse, Herr Kleindienst und Herr Modde.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Scheffczyk auf „**Unterbrechung der Sitzung**“ wird mit 7 Ja-Stimmen bei 20 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Der Antrag der UBV-Fraktion AN/040/2018 wird anschließend mit

**5 Ja-Stimmen und
22 Gegenstimmen**

abgelehnt und der Kreistag fasst somit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion AN/040/2017 bzgl. Deponie Wiewärthe in Pöbneck ab.“

219-23/2018

Zu TOP 9.2 Deponie "Wiewärthe" in Pöbneck

Vorlage: AN/043/2017

Es folgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und SIP.

Der Kreistag fasst mit

**29 Ja-Stimmen bei
6 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises fordert das planmäßige Laufzeitende der Deponie Wiewärthe, die sich in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung in Pöbneck befindet, zum Jahr 2024 mit Nachdruck.“

Sollte dies hinsichtlich betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte nicht darstellbar sein, erklärt sich der Saale-Orla-Kreis mit folgender Kompromisslösung einverstanden:

Eine moderate Laufzeitverlängerung der Deponie über das Jahr 2024 ist bis zur Verfüllung des Deponiekörpers (770Tm³) ohne Optimierung der Kubatur möglich, sofern mit der Trennung der Kesselstäube in der TVS Schwarza begonnen und die Deponierung der Kesselstäube aus der TVS Schwarza in der Stadt Pößneck beendet wird. Dies geschieht, sobald alle notwendigen Maßnahmen für eine Beschlussfassung der Verbandsversammlung des ZASO zur Kesselstaubtrennung in der TVS Schwarza vorbereitet sind. Dies ist bis spätestens zum Ende des 1. Quartals 2018 anzuarbeiten. Dafür eventuell notwendige Beschlüsse werden bis spätestens 30.06.2018 gefasst.

Dazu beschließt der Kreistag:

- 1. Der Landrat wird aufgefordert als Vertreter des Verbandsmitgliedes Saale-Orla-Kreis im Abfallzweckverband Saale-Orla (ZASO) zur nächsten Sitzung folgende Anträge zu stellen:**
 - a) Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen für eine Beschlussfassung der Verbandsversammlung des ZASO zur Trennung des Kesselstaubes in der TVS Schwarza vorzubereiten. Die entsprechenden Beschlüsse sind noch 2018 zu fassen.**
 - b) Der Beschluss des ZASO zur Durchführung der Planung, des Genehmigungsverfahrens und des Weiterbetriebes des 1. und 2. Dichtungsabschnittes der Deponie Wiewärthe bis zur Restverfüllung mit einer optimierten Deponiekultur ist ohne die Deponierung von Kesselstäuben auf der Deponie Wiewärthe anzupassen bzw. zu ändern.**
 - c) Der Zweckverbandsvorsitzende wird beauftragt, einen Antrag im Restabfallzweckverband Ostthüringen (ZRO) zur Sicherstellung der Restabfallbehandlung der Kesselstäube der TVS Schwarza des ZASO, mit Inbetriebnahme der Kesselstaubtrennung zu stellen. Das Ergebnis ist der Verbandsversammlung zeitnah vorzustellen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt die damit verbundenen Mehrkosten, die im Falle der Kesselstaubtrennung für die Bürgerinnen und Bürger der Landkreise Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt entstehen werden, anhand einer Variantenuntersuchung umliegender Deponierungsmöglichkeiten zu konkretisieren und zuverlässig abzuschätzen.**
- 3. Der Kreistag gibt die Empfehlung, dass die Verbandsräte des Abfallzweckverbandes Saale-Orla (ZASO), in der Verbandsversammlung des ZASO den Beschlüssen zur Trennung der Kesselstäube und zur Beendigung einer Deponierung dieser auf der Wiewärthe Pößneck, nach der Trennung in der TVS Schwarza, zustimmen.**
- 4. Der Landrat wird aufgefordert, als Vertreter des Verbandsmitgliedes Saale-Orla-Kreis im Abfallzweckverband Saale-Orla (ZASO) mit dem Vorsitzenden des ZASO und dem Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt unverzüglich Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel der Realisierung dieser Beschlussfassung.“**

Nach der Abstimmung gibt Herr Scheffczyk folgende **persönliche Erklärung** ab:
„Wir haben zugestimmt, obwohl wir rechtliche Zweifel an der Verfahrensweise haben, weil wir der Meinung sind, dass in einer Sitzung nicht zweimal zum gleichen Sachverhalt abgestimmt werden kann. Wir haben im Interesse der Sache und der Bürger unsere Zustimmung erteilt.“

**Zu TOP 9.3 Grundsatzbeschluss für einen Erweiterungsbau an der Regelschule
"Johann Wolfgang von Goethe" in Schleiz
Vorlage: AN/048/2018**

Herr Scheffczyk begründet den Antrag der UBV-Fraktion und verweist auf die umfangreiche Sachverhaltsdarstellung im Antrag.

Landrat Fügmann führt Gegenrede und empfiehlt aus Sicht der Verwaltung Ablehnung des Antrages. Die Entscheidung hinsichtlich eines Erweiterungsbaus ist bereits mit der Haushalts- und Finanzplanung für 2018 getroffen worden. Mit den eingestellten Mitteln im HH-Plan 2018 zum Ankauf des Grundstückes und weiteren Investitionskosten im Finanzplan wurden die Voraussetzungen bereits geschaffen. Die Wege wurden in der HH-Diskussion aufgezeigt.

Zur Diskussion sprechen Herr Scheffczyk, Herr Dr. Hanna, Herr Seidel, Herr Hofmann und Frau Truschzinski. Durch o.g. Diskussionsredner wird der Antrag der UBV-Fraktion unterstützt und kein Widerspruch zu den bereits veranschlagten Mitteln im HH-Plan gesehen. Da der Kreistag kein gesondertes Votum zur Baumaßnahme abgegeben habe, sollte der Grundsatzbeschluss gefasst werden.

Herr Hofmann beantragt im Namen der Fraktion Die LINKE die Ergänzung des Beschlussvorschlages um folgenden Punkt 3:

„3. Der Landrat wird beauftragt, schnellstens die diesbezügliche Grundstücksfrage mit der Stadt Schleiz zu klären und den Kreistag über die Ergebnisse zu informieren.“

Herr Scheffczyk erklärt, dass die UBV-Fraktion diese Ergänzung mitträgt.

Herr Sachse entschuldigt sich um 17:45 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Der Landrat weist nochmals darauf hin, dass das Objekt im Moment noch Eigentum einer Privatperson ist. Die Stadt muss dieses erst erwerben, den Altbestand abreißen und danach kann der Landkreis das Grundstück von der Stadt erwerben. Sobald die Voraussetzungen gegeben sind, geht das Projekt nach Absprache mit der Schule in den Kreistag.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Querengässer auf „**Ende der Debatte**“ wird **mehrheitlich entsprochen**.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Kleindienst auf „**namentliche Abstimmung**“ zum Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Der Kreistag fasst anschließend

**mehrheitlich bei
19 Ja-Stimmen und
9 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt:

1. Die Regelschule Johann Wolfgang von Goethe in Schleiz erhält einen Ergänzungsbau für die fehlenden Räumlichkeiten einer 3-zügigen Schule. Die Vorbereitung der Maßnahme ist im Jahr 2018 auszuführen. Der Bau selbst soll in den Jahren 2019 bis 2020 realisiert werden.
2. Die entsprechende Aufgabenstellung, als Grundlage für die Planung mit einem leistungsfähigen Planungsbüro, ist bis Ende 2018 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. In die Erarbeitung dieser Unterlagen ist die Schulkonferenz einzubeziehen.
3. Der Landrat wird beauftragt, schnellstens die diesbezügliche Grundstücksfrage mit der Stadt Schleiz zu klären und den Kreistag über die Ergebnisse zu informieren.“

221-23/2018

Zu TOP 9.4 Antrag Brücke Linkenmühle
Vorlage: AN/049/2018

Herr Fröhlich entschuldigt sich um 17:50 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Herr Kleindienst verliest den Beschlussvorschlag des Antrages der UBV-Fraktion. Der Sachverhalt ist im Antrag ausführlich beschrieben.

Zur Diskussion sprechen Herr Borchardt, Herr Dr. Hanna, Herr Oppel, Herr Ortwig, Herr Schlupeck, Herr Hofmann, Herr Kalich, Herr Scheffczyk, Herr Fügmann und Herr Wetzel. Herr Dr. Hanna gibt den Hinweis, sich mit dem Baubeginn nicht auf ein Datum festzulegen, da dieses nicht beeinflussbar ist.

Herr Scheffczyk gibt daraufhin folgende Änderung im letzten Satz des Beschlussvorschlages bekannt:

Die Worte „im Jahr 2019“ sind zu streichen und durch „baldiger“ Baubeginn zu ersetzen.

Herr Hofmann verweist darauf, dass es noch zu viele Unklarheiten, angefangen von der Interessenabwägung, Zuwegung u.v.m., gibt und er aus diesem Grund den **„Verweis des Antrages in den Wirtschaftsausschuss“ beantragt**, um dort alle Details zu besprechen. Der Landrat unterstützt diesen Antrag auf „Verweis in den Ausschuss“. Er informiert, dass am 15.06.2018 im Ministerium ein Gespräch stattfindet, bei dem die Frage zu klären ist, wer die Brücke überhaupt baut. Erst nach diesem Gespräch können möglicherweise Inhalte zur Umsetzung eines entsprechenden Beschlusses geliefert werden.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Frau Truschzinski auf **„Ende der Debatte“** wird **mehrheitlich** entsprochen.

Herr Kalich bittet darum, bei der Beratung im Ausschuss die aktuelle Beschlusslage in dieser Sache mit zu betrachten, da der Kreistag dazu bereits vor Jahren einen Beschluss gefasst hat.

Der Kreistag fasst mit **23 Ja-Stimmen bei**
8 Gegenstimmen

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises verweist den Antrag der UBV-Fraktion AN/049/2018 – Brücke Linkenmühle – zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionalentwicklung.“

222-23/2018

**Zu TOP 9.5 Antrag auf Aussprache bzw. Beratung zur Prüfung der Baumaßnahme
"Brandschutztechnische und Energetische Sanierung" Staatliche
Gemeinschaftsschule Triptis - Primarstufe
Vorlage: AN/050/2018**

Herr Scheffczyk verliest den Antrag der UBV-Fraktion.

Herr Borchardt betont, dass er nicht nachvollziehen kann, warum die Beratung öffentlich stattfinden soll, zumal unter Punkt 2 des Antrages von Personalkonsequenzen gesprochen wird. Er bezeichnet den Antrag als „Schaufensterantrag“.

Der Landrat informiert, dass er den Projektverantwortlichen um eine Stellungnahme gebeten hat, die jetzt vorliegt und ausgewertet wird.

Es wird jetzt eine Projektgruppe im Hause gebildet, bestehend aus Rechtsamtsleiter, Fachdienstleiterin Personal, Rechnungsprüfungsamt, zuständigem Fachbereichsleiter und Vorsitzenden des Bau- und Vergabeausschusses.

Der Landrat geht davon aus, dass zeitnah zu einem Ergebnis gekommen wird. Aber zum heutigen Zeitpunkt können keine Aussagen getroffen werden.

Herr Scheffczyk fragt nach, ob die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes der Aufsichtsbehörde zugeschickt wurden.

Der Landrat verweist auf die interne Prüfung des Sachverhaltes.

Der Kreistag fasst mit

**9 Ja-Stimmen und
23 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion AN/050/2018 bzgl. Aussprache bzw. Beratung zur Prüfung der Baumaßnahme ‚Brandschutztechnische und Energetische Sanierung Staatliche Gemeinschaftsschule Triptis – Primarstufe‘ – ab.“

223-23/2018

Zu TOP 10 Informationen/Sonstiges

Herr Weigelt entschuldigt sich um 18:20 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Durch den Landrat werden folgende Informationen gegeben:

- Das aktuelle Zahlenmaterial Jobcenter wurde vor Sitzungsbeginn an die Fraktionsvorsitzenden verteilt.

- **Beschlusskontrolle**
Mit den Kreistagsunterlagen wurde an alle Kreistagsmitglieder eine Übersicht mit dem Abarbeitungsstand der Beschlüsse des Kreistages verschickt.
- **Genehmigung des Haushaltes durch das Thür. LVA**
Mit Schreiben vom 11.04.2018 wurde durch das Thür. LVA der Haushaltsplan des SOK genehmigt. Das entsprechende Schreiben wurde allen Kreistagsmitgliedern mit den Unterlagen zugestellt.
- **Terminplanung Haushalt 2019**
Es ist vorgesehen, dass die Haushaltspläne 2019 bis 12.10.2018 an die Kreistagsmitglieder übergeben werden.
Zur Einbringung und 1. Lesung des Haushaltes wird eine **zusätzliche Kreistagsitzung am 22.10.2018** stattfinden. Danach soll der HH in den Gremien beraten werden.
Die **Beschlussfassung** ist für die Kreistagsitzung am **10.12.2018** geplant.

Zu TOP 11 Anfragen

Der Landrat führt aus, dass die schriftlich im Vorfeld eingereichten Anfragen von Herrn Kleindienst bzgl. Unterbringung Flüchtlinge und von Herrn Scheffczyk bzgl. Stand des Verfahrens zu den Schäden am Radweg schriftlich beantwortet und Fragen und Antworten allen Kreistagsmitgliedern vor Sitzungsbeginn ausgereicht wurden.

Bzgl. der Nachfrage von Herrn Scheffczyk zu den Inhalten der schriftlichen Stellungnahmen und zum genauen Termin der Verkündung der Entscheidung wird Herr Scheffczyk durch Herrn Nitsch eine schriftliche Information per Mail erhalten.

Herr Ortwig entschuldigt sich um 18:25 Uhr und Frau Peißker um 18:27 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Herr Hofmann hinterfragt den aktuellen Stand bzgl. Sanierung der Regelschule Oppurg. Der Landrat informiert, dass er die Mitteilung erhalten habe, dass dieses Projekt in das Förderprogramm „Gewährung von Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen“ mit einer Fördersumme von 1,8 Mio. € aufgenommen wurde. Die Unterlagen sind bis 31.07.2018 beim Ministerium einzureichen. Da frühestens im September mit einem endgültigen Förderbescheid zu rechnen ist, ist ein Baubeginn in diesem Jahr nicht möglich.

Durch die Aufnahme in das Förderprogramm dieser Maßnahme schaffen wir finanzielle Spielräume für andere Schulbaumaßnahmen. Eine Liste mit den notwendigen Baumaßnahmen existiert und wird im Ranking immer wieder neu geordnet.

Frau Kanis stellt die Frage, wie groß die Bauverzögerungen am Gymnasium in Bad Lobenstein sind und wann die Räumlichkeiten wieder für den Unterricht nutzbar sind?

Dazu führt der Fachbereichsleiter, Herr Heynisch aus, dass die Verzögerungen mit der Insolvenz der Fa. SALO eingetreten sind und diese Insolvenz zu 2 Problemen geführt hat. Einmal zur Zeitverzögerung, da eine neue Firma für die Fortführung der begonnenen Arbeiten gefunden werden musste. Mit der neuen Firma haben wir einen Partner, der die Maßnahme gut zu Ende bringt und es gibt die Hoffnung, dass der Zeitverzug relativ gut aufgeholt werden kann. Das zweite Problem sind neue höhere Kosten. Wir haben die Zustimmung des Landes, dass wir einen neuen Förderantrag stellen können und diese höheren Kosten gefördert bekommen.

Ziel ist der Umzug des Schulteils in den Herbstferien.

Herr Kleindienst fragt nach neuen Erkenntnissen bzgl. der Besetzung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse?

Der Landrat betont zum wiederholten Male, dass von der Sparkassenaufsicht die klare Aussage gegeben wurde, dass es zur aktuellen Besetzung des Gremiums keine Bedenken gibt. Somit wird der Zustand bis zum Ende der Legislaturperiode beibehalten.

Eine weitere Anfrage von Herrn Kleindienst bezieht sich auf mögliche Unterstützung für Betroffene der Unwetterschäden in Schönbrunn.

Herr Dr. Hanna informiert, dass diese Problematik Thema der heutigen Stadtratssitzung sein wird und Vertreter der Landwirtschaft dazu eingeladen sind.

Herr Franke berichtet, dass der WALO dort einen Schmutz- und Oberflächenkanal baut, um eine ordnungsgemäße Ableitung bei Starkregen zu gewährleisten.

Hinsichtlich finanzieller Unterstützung werden keine Möglichkeiten gesehen.

Bzgl. einer Nachfrage von Herrn Dr. Hanna zur Schreibweise im Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten bittet der Landrat darum, dass er sich direkt mit Frau Koberstädt in Verbindung setzt.

Frau Gersdorf bezieht sich auf die Zahlen im neuen Schulgesetz und fragt nach, ob auch im Saale-Orla-Kreis Zusammenlegungen von Schulen zu erwarten sind?

Der Landrat schlägt vor, dass sich der Bildungsausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dieser Problematik befasst.

Frau Kanis und Herr Dr. Hanna entschuldigen sich um 18:45 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Kreistages um 18:45 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Füßmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin